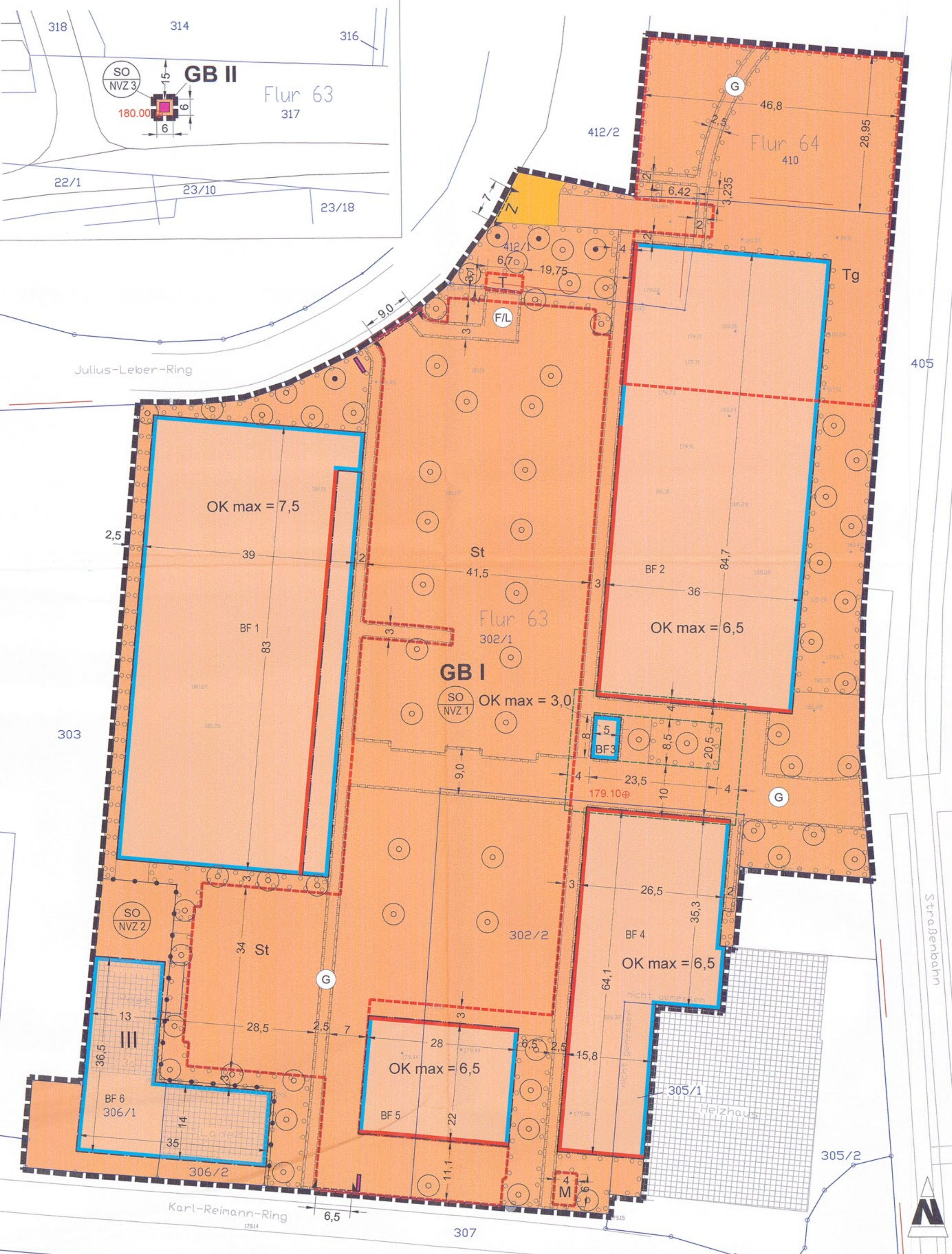
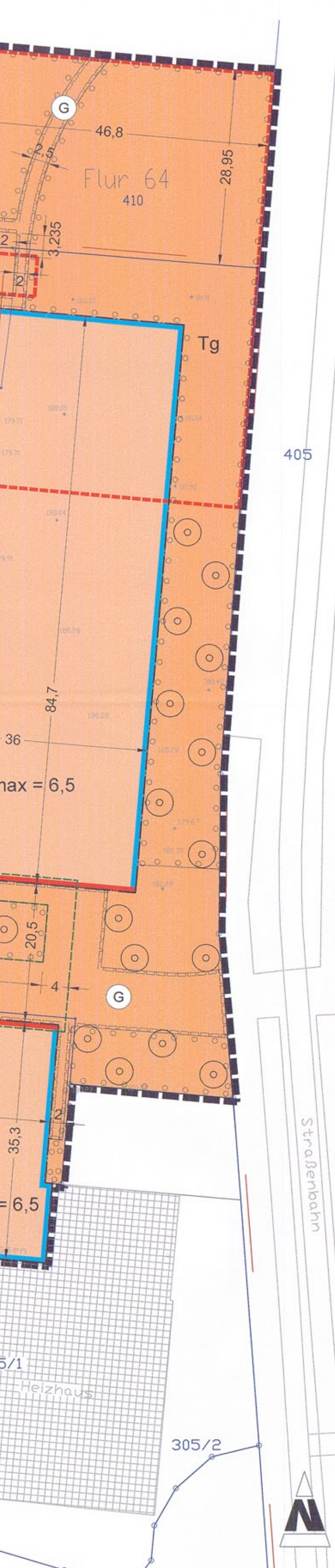


# Vorhabenbezogener Bebauungsplan ROB694 "Nahversorgungszentrum Roter Berg"

Geltungsbereich II, Maßstab 1 : 1.000



Teil A1: Planzeichnung  
Geltungsbereich I, Maßstab 1 : 500



### PLANZEICHENERKLÄRUNG

#### PLANRECHTLICHE FESTSETZUNGEN nach BauBG, BauNVO und PlanZV

##### I Zeichnerische Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

- Sonstiges Sondergebiet (§ 11 BauNVO)
- Sondergebiet "Nahversorgungszentrum"

z. B. SO-NVZ 1 Bezeichnung des Teilgebietes

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB; § 16 BauNVO)

z. B. OK max. maximale Oberkante baulicher Anlagen = 6,5 m

5 m Zahl der Vollgeschosse

Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB; §§ 22 und 23 BauNVO)

Baulinie

Baugrenze

Überbaubare Grundstücksfläche (Baufeld BF)

Verkehrsflächen, Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung und der Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

- öffentliche Straßenverkehrsfläche
- Straßenbegrenzungslinie
- Ein- und Ausfahrtbereich
- Zufahrt Tiefgarage / Parkplatz

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nrn. 20 und 25 BauGB)

- Umgrenzungen von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)
- Anpflanzungen von Bäumen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB)
- Erhalt von Bäumen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25c BauGB)

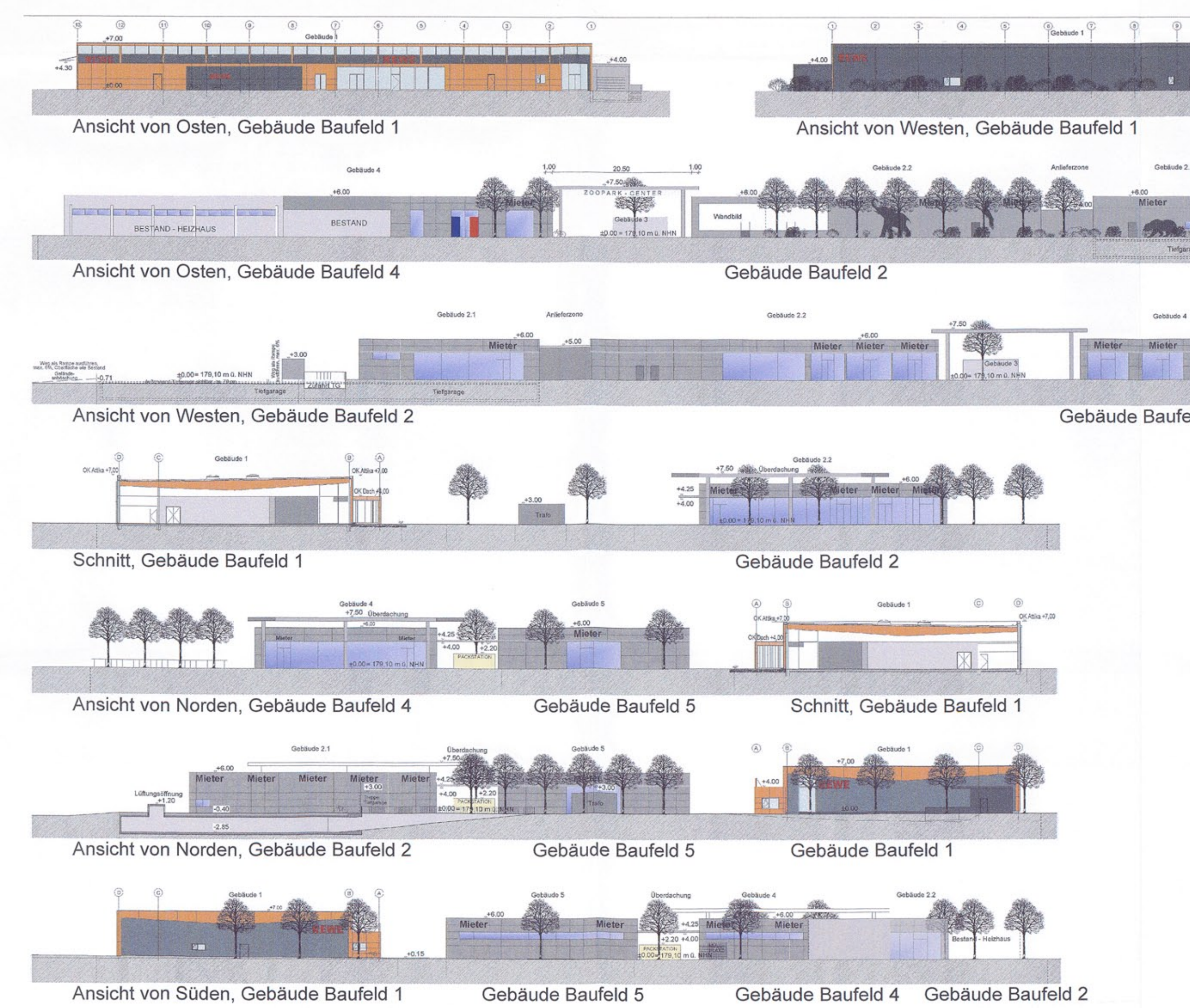
##### Sonstige Planzeichen

- Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nrn. 4 und 22 BauGB)
- nicht störende Handwerksbetriebe
- Schank- und Speisewirtschaften
- Anlagen für gesundheitliche Zwecke
- Umgrenzung der Fläche für eine Überdachung mit einer Gesamthöhe von 7,50 m und einer Durchgangshöhe von mindestens 6,00 m
- Mit Geh- und Fahrwegen zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
- 179 10a
- Bezeichnung des Gehechtes
- Bezeichnung des Fahr- und Leitungsrechtes
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Teil I und Teil II (§ 9 Abs. 7 BauGB)
- z. B. GB I Nummer des Teilgebietes
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z. B. von Baugeländen, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung (z. B. § 1 Abs. 4, § 16 Abs. 5 BauNVO)
- Vermaßung in Meter
- z. B. BF 1 Bezeichnung der überbaubaren Grundstücksfläche (Baufeld)
- Standort Werbeflyer
- Standort Stiele
- z. B. § 179 10 Festsetzung Oberkante Gelände in Meter über Normalhöhennull (m ü. NN) (Planh)

##### II Zeichnerische Hinweise und Planzeichen ohne Festsetzungscharakter

- Vorhandene Bebauung
- Vorhandene Flurstücksgrenzen
- Vorhandene Flurstücksbezeichnungen
- Vorhandene Flurgrenzen
- Höhepunkte des Geländes als Höhenmesspunkt in m. ü. NN

Teil A2: zeichnerische Festsetzungen nach § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 88 Abs. 1 Nr. 1 ThürBO, Maßstab 1 : 500



### Teil B: Textliche Festsetzungen

Nr. Festsetzung Ermächtigung

#### Planrechtliche Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 bis 3 BauGB

Im Rahmen der getroffenen Festsetzungen in SO-NVZ 1 und im SO-NVZ 3 sind nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung der Vorhabenbesitzer im Durchführungsertrag verpflichtet ist.

##### 1. Art der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

1.1 Im Sonstigen Sondergebiet "Nahversorgungszentrum" SO-NVZ 1 ist ein Einkaufszentrum mit einer maximalen Verkaufsfäche von 5.750 m<sup>2</sup> zulässig. Der Anteil nahversorgungsrelevanter Sortimente an der Verkaufsfäche (VK) muss über 50 % betragen.

1.2 Folgende Verkaufsfächen der Sortimente und Sortimentsgruppen gemäß der Sortimentslisten des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes 2017 der Landesregierung Thüringen sind unter Einhaltung der Obergrenzen nach Festsetzung 1.1 im SO-NVZ 1 maximal zulässig:

- a) Nahversorgungsrelevante Sortimente:
  - Nahrungs- und Genussmittel, Getränke max. 3.200 m<sup>2</sup> VK
  - Lebensmittel max. 150 m<sup>2</sup> VK
  - Schokoladen max. 100 m<sup>2</sup> VK
  - Drogeriewaren max. 850 m<sup>2</sup> VK
  - Zetelchen max. 100 m<sup>2</sup> VK
- b) Sonstige Zentrenrelevante Sortimente:
  - Ausgangspunkt max. 150 m<sup>2</sup> VK
  - Bekleidung max. 1.300 m<sup>2</sup> VK
  - Bücher max. 200 m<sup>2</sup> VK
  - Campingartikel max. 100 m<sup>2</sup> VK
  - Computer und Zubehör max. 100 m<sup>2</sup> VK
  - Elektronikgeräte max. 100 m<sup>2</sup> VK
  - Elektronik und Multimedia max. 100 m<sup>2</sup> VK
  - Sportartikel / Sportgeräte max. 200 m<sup>2</sup> VK
  - Fotografie, Digitalkameras und Zubehör max. 100 m<sup>2</sup> VK
  - Handarbeitsbedarf / Kurzwaren / Meterware, Stoffe / Wolle max. 100 m<sup>2</sup> VK
  - Haushaltswaren, Glas / Porzellan / Keramik max. 500 m<sup>2</sup> VK
  - Heimtextilien, Dekostoffe, Haus- und Tischwäsche max. 100 m<sup>2</sup> VK
  - Hörgeräte max. 100 m<sup>2</sup> VK
  - Kunstgewerbe, Bilder, Bilderrahmen max. 100 m<sup>2</sup> VK
  - Lederwaren / Taschen / Koffer / Regenschirme max. 100 m<sup>2</sup> VK
  - Medizinische und orthopädische Artikel max. 150 m<sup>2</sup> VK
  - Papier, Büroartikel, Schreibwaren max. 300 m<sup>2</sup> VK
  - Schuhe max. 300 m<sup>2</sup> VK
  - Spielwaren max. 200 m<sup>2</sup> VK
  - Sportartikel / Sportgeräte max. 100 m<sup>2</sup> VK
  - Sportbekleidung max. 100 m<sup>2</sup> VK
  - Sportschuhe max. 100 m<sup>2</sup> VK
  - Uhren / Schmuck max. 100 m<sup>2</sup> VK
- c) Nicht-zentrenrelevante Sortimente:
  - Nicht-zentrenrelevante Sortimente dürfen je Sortiment eine Verkaufsfäche von 800 m<sup>2</sup> nicht überschreiten.

##### 1.3 Im SO-NVZ 2 sind außerdem zulässig: § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

- nicht störende Handwerksbetriebe
- Schank- und Speisewirtschaften
- Anlagen für gesundheitliche Zwecke

##### 1.4 Im Sonstigen Sondergebiet "Nahversorgungszentrum" SO-NVZ 2 sind zulässig:

- nicht störende Handwerks- und Gewerbebetriebe
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- Anlagen für Veranstaltung, kulturelle, kulturelle, sportliche, soziale und gesundheitliche Zwecke
- Schank- und Speisewirtschaften
- Gebäude und Räume für feste Beulte gem. § 13 BauNVO

##### 1.5 In den SO-NVZ 1 und SO-NVZ 2 sind Vergnügungsstätten ausgeschlossen.

##### 1.6 Im Geltungsbereich I sind Anlagen der Fremdwerbung unzulässig.

##### 2. Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

2.1 Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die Grundflächenzahl (GRZ) und die Höhenbaulichen Anlagen festgesetzt. Die maximal zulässige GRZ im SO-NVZ 1 beträgt 0,84. Die maximal zulässige GRZ im SO-NVZ 2 beträgt 0,8.

2.2 Für den Geltungsbereich GB I gilt:  
Die festgesetzte maximale Oberkante (OK) max ist die höchste Punkt baulicher Anlagen. Bezugspunkt für die Ermittlung der Höhe baulicher Anlagen ist der in der Planzeichnung festgesetzte Höhenpunkt von 179,10 m ü. NN.  
Die Baufelder (BF) 2, 4 und 5 sind mit gleicher Oberkante auszubilden.  
Eine Überschreitung der festgesetzten OK max durch Anlagen der technischen Gebäudeausrüstung ist flächensmäßig bis zu 10% pro BF um maximal 2,00 m, im Baufeld 1 bis max. 2,50 m ausnahmsweise zulässig.

##### 2.3 Im Geltungsbereich GB II sind bauliche Anlagen mit einer OK max von 15,00 m und einer Grundfläche von 13 m<sup>2</sup> zulässig. Bezugspunkt für die Ermittlung der OK max ist der in der Planzeichnung festgesetzte Höhenpunkt von 180,00 m ü. NN.

##### 3. Überbaubare Grundstücksflächen § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

3.1 Die westlichen Baulinien oder Baugrenzen der Baufelder 2 und 4 sowie die nördliche Baulinie des Baufeldes 6 können durch auskragende Vordächer um 3,00 m und zur Verbindung der Vordächer zwischen den BF überschritten werden. Außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche ist 1 Parkstation mit folgenden, max. Abmessungen zulässig:  
Breite 5,50 m; Tiefe 0,50 m; Höhe 2,30 m

##### 4. Flächen für Nebenanlagen, Garagen und Stellplätze § 9 Abs. 1 Nrn. 4 und 22 BauGB

4.1 Stellplätze und Tiefgaragen sind im SO-NVZ 1 ausschließlich innerhalb der festgesetzten Flächen zulässig. Im SO-NVZ 1 sind maximal 150 offene Stellplätze und maximal 50 Stellplätze in der Tiefgarage zulässig.

4.2 Das Aufstellen von Abfallbehältern außerhalb der Gebäude ist ausschließlich auf dafür festgesetzten Flächen zulässig.

##### 5. Mit Geh- und Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB

5.1 Die festgesetzten Flächen (G) zu belastenden Flächen sind, mit einem Gehrecht (G) zu belastenden Flächen zugunsten der Landeshaushaltskasse Erfurt zu belasten.

5.2 Die festgesetzte Fläche mit einem Fahr- und Leitungsrecht (FL) zu belastende Fläche ist mit einem Fahr- und Leitungsrecht zu Gunsten der Stadtwerke Erfurt zu belasten.

##### 6. Vorkerker zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionschutzgesetzes § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB i. V. m. § 12 Abs. 3 BauGB

6.1 Die Fahrwege für LKW und PKW sind zu spalten.

##### 7. Maßnahmen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB

7.1 Die zeichnerisch festgesetzten, anzupflanzenden Bäume sind in folgender Qualität entsprechend den Festsetzungen zur Vegetationsausstattung aus der Pflanzliste 1 (Pfl. 7.6) zu pflanzen:  
- 13 Bäume 2 - 3. Ordnung mit einem Stammumfang von mind. 12-14 cm, in 1,00 m Höhe gemessen.  
- 63 Bäume 1. Ordnung mit einem Stammumfang von mind. 18-20 cm, in 1,00 m Höhe gemessen.  
Die festgesetzten Bäume in Flächen für Stellplätze sind als Bäume 1. Ordnung mit einem Stammumfang von mind. 18-20 cm, in 1,00 m Höhe gemessen zu pflanzen.  
Die gem. GRZ-Festsetzungen (Pfl. 2.1) nichtüberbaubaren Grundstücksflächen, die nicht bereits durch spezielle Pflanz- und Einbürgervorgaben belegt sind, sind zu 60 % mit Gehölzen (Strauchpflanzungen) zu begrünen. Auf den restlichen 40 % ist eine Rasenmasse herzustellen. Der Mitbrunnenstandplatz ist mit Heckerpflanzen zu umsäumen.  
Art und Qualität der Gehölze sowie die Saatgutmischung sind dem Punkt "Festsetzungen zur Vegetationsausstattung", Pflanzliste 2 und 3 (Pfl. 7.6) zu entnehmen. Die Flächen sind extensiv zu pflegen, ein Formschnitt der Gehölze ist unzulässig.

7.2 Die Dachflächen der Gebäude von Baufeld 2, 4 und 5 sind zu 100 % extensiv zu begrünen. Sauberkolletten, Lichtkuppeln und technische Aufbauten sind bis zu 20 % der Dachfläche zulässig. Die Dachflächen der Tiefgarage (die nicht überdacht oder durch Wege belegt sind) sind komplett extensiv zu begrünen, die erforderlichen Lüftungsanlagen können integriert werden.  
Für die extensive Dachbegrünung wird eine Substratschicht von mind. 15 cm festgesetzt. Die Begrünung ist entsprechend der "Festsetzungen zur Vegetationsausstattung" aus der Pflanzliste 3 (Pfl. 7.6) auszuführen.  
Für die intensive Dachbegrünung wird eine Substratschicht von mind. 40 cm festgesetzt. Die Begrünung entspricht den Vorgaben für die nichtüberbaubaren Flächen (Pfl. 7.2).

### Festsetzungen nach § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 88 Abs. 1 ThürBO und § 12 Abs. 3 BauGB

##### 8. Äußere Gestaltung baulicher Anlagen § 88 Abs. 1 Nr. 1 ThürBO

8.1 Die äußere Gestaltung ist entsprechend der zeichnerisch festgesetzten Schritte und Ansichten Teil A2 herzustellen. Abweichungen sind ausnahmsweise zulässig, soweit die gestalterischen Grundzüge der Planung nicht verletzt werden.

8.2 Es sind nur fachgeneigte Dächer mit umlaufender Attika bis max. 5' zulässig.

8.3 Die ostliche Gebäudefassade im Baufeld 2 ist so auszubilden, dass eine Gestaltung mit Wandmalerei oder einem Wandbild möglich ist.

8.4 Die Gebäudesseiten sind entsprechend der zeichnerischen Festsetzungen mit Glas-, in Putz- oder als HPL-Platten-Verkleidungen herzustellen. Folgende Farbton sind zu verwenden:  
grau (Putzfassade, HPL-Platten)  
Farbspektrum NCS S 2502-B / 3502-B / 4502-B / 5502-B / S 6502-B  
braun (HPL-Platten)  
Farbspektrum NCS S 5030-Y30R / 5030-Y30R / 5030-Y40R  
Farbspektrum NCS S 5030-Y30R / 5030-Y30R / 5030-Y40R

8.5 Die Vordächer der Gebäude sind stützens und transparent auszubilden. Die transparente Überdachung zwischen den Baufeldern 2 und 4 ist mittels Stahlkonstruktion auszubilden.

##### 9. Äußere Gestaltung von Werbeanlagen § 88 Abs. 1 Nr. 1 ThürBO

9.1 Im GB II, SO-NVZ 3 ist ein Werbeflyer mit einer max. Werbefläche von 4,50 m Breite und max. 8,20 m Höhe bei einer max. Gesamthöhe von 15,00 m zulässig. Die Werbeanlage dient ausschließlich der Werbung von Stellen der Stadt in SO-NVZ 1.

9.2 Die zeichnerisch festgesetzten Stellen sind als Sammelwerbeanlage mit einer max. Höhe von 6,00 m und einer max. Breite von 3,00 m zulässig.

9.3 Innerhalb der Fläche für Stellplätze sind 7 Plakataufhänger mit einer max. Höhe von 3,70 m und einer max. Breite von 2,70 m zulässig.

9.4 Sonstige Werbeanlagen sind nur an Gebäuden zulässig. Die Werbeanlagen sind in ihrer Konstruktion, Höhepunkte und Höhe an der jeweiligen Fassade einheitlich und als Einzelstrukturen in einer max. Höhe von 1,00 m auszubilden und dürfen die Oberkante der Gebäude nicht überschreiten.

9.5 An der Westseite des Baufeldes 1 sind abweichend zwei Werbeflächen von max. 4,50 m Breite und max. 1,20 m Höhe zulässig.  
Daneben hinausgehende untergeordnete Hinweisschilder sind zulässig.

9.6 Werbeanlagen mit beweglichen Teilen, wechselndem oder leuchtendem Licht sowie Werbeanlagen, die der Fernwerbung dienen, sind unzulässig.

9.7 Einfriedungen sind nicht zulässig.

##### 10. Gestaltung der Stellplätze und Stellflächen für bewegliche Abfallbehälter und Lagerflächen § 88 Abs. 1 Nr. 4 ThürBO

10.1 Stellplätze sind mit wasserdurchlässigen Materialien zu befestigen.

10.2 Stellflächen für bewegliche Abfallbehälter und Lagerflächen sind in den baulichen Anlagen zu integrieren oder mit Hecken aus heimischen Gehölzen einzuräumen.

### Hinweise

#### 1. Immissionschutz

Im Schallbereich Gütergut nach B-Plan ROB 694 "Roter Berg" Erfurt (Stand: 07.06.2019 i. V. m. der Tekur zum Gütergut vom 09.06.2020 wird der max. zulässige Schallleistungspegel der technischen Anlagen ermittelt und auf nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

Schallleistung (L <sub>WA</sub> )	Zeitpunkt	Höhe (m)	Art der Schallquelle	max. zulässige Schallleistung (L <sub>WA</sub> )
E1	24 h	Dach 7,5	Verfüllung	80 75
E2	24 h	Dach 7,5	AUL/FOL, Lüftung	80 75
E3	24 h	Dach 7,5	AUL/FOL, Lüftung	80 75
E4	24 h	Dach 7,5	FOL, Lüftung	80 75
E5	24 h	Dach 7,5	AUL/FOL, Lüftung	80 75
E6	24 h	Dach 6,5	AUL/FOL, Lüftung	80 70
E7	24 h	Dach 6,5	FOL, Lüftung	80 70
E8	24 h	Dach 6,5	AUL/FOL, Lüftung	75 70
E9	24 h	Dach 6,5	AUL/FOL, Lüftung	75 70
E10	24 h	Dach 6,5	AUL/FOL, Lüftung	75 70
E11	24 h	Dach 6,5	AUL/FOL, Lüftung	75 70
E12	24 h	Fassade	Trakt Gebäude 1	85 80
E13	24 h	Trakt bei TG	Trakt bei TG	75 70

1) Höhe über Gelände zum akustischen Mittelwert der Schallhöhe  
2) Maximal zulässige Schallleistung (L<sub>WA</sub>) zw. 6.00 Uhr und 22.00 Uhr und zw. 22.00 Uhr und 6.00 Uhr - wachsende Nachtruhe

In der Tabelle angegebenen maximal zulässigen Schallleistungspegel dürfen nicht überschritten werden. Die Werten dürfen die Standort- und die Anzahl der technischen Anlagen gem. Anlage 2 zu § 9 Abs. 4 ThürBO nicht verändert werden.  
Sollten Abänderungen notwendig sein, ist die schalltechnische Zulässigkeit der Geräte anhand einer Schallleistungspegelanalyse im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens nachzuweisen.

Anlage 2  
Lage der Schallquellen (Stand: 08.06.2020)

Zu den Schallquellen sind folgende Angaben zu machen:  
- Bauweise  
- Bauhöhe  
- Bauart  
- Baujahr  
- Bauzustand  
- Bauart  
- Baujahr  
- Bauzustand  
- Bauart  
- Baujahr  
- Bauzustand

#### 2. Fernwärme

Das Plangebiet befindet sich im Geltungsbereich der Fernwärmeplanung der Stadt Erfurt vom 07.06.2005, öffentlich neu bekannt gemacht im Amtsblatt der Stadt Erfurt vom 08.07.2005.

#### 3. Denkmalschutz und Archäologie

Der Geltungsbereich befindet sich in einem archäologischen Relevanzgebiet. Es ist davon auszugehen, dass bei Erdarbeiten bau- und bodenarchäologische Siedlungs- oder Grabenfundstellen zu erwarten sind. Vor der Ausführung der Erdarbeiten ist eine eingehende Archäologie- und Denkmalpflegeuntersuchung durchzuführen. Die Kosten solcher vorbereitender und/oder des Vorhabens begleitender Untersuchungen hat der Vorhabenbesitzer bzw. Erlaubnisnehmer im Rahmen des Zumutbaren zu tragen (§§ 13 Abs. 3, 14 Abs. 7 S. 6 Thüringer Denkmalschutzgesetz).  
Je nach Vorhabenumfang ist einestmals die mögliche Dauer der Untersuchung bei der Zeitplanung des Vorhabens zu beachten und andererseits können erhebliche Zusatzkosten entstehen, so dass eine frühzeitige Kontaktaufnahme mit dem Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie empfohlen ist.  
Die Anzahl und sonstige archäologischen Fundstellen im Geltungsbereich des Plangebietes sind im Rahmen des Zumutbaren zu tragen (§§ 13 Abs. 3, 14 Abs. 7 S. 6 Thüringer Denkmalschutzgesetz).  
Es sind die Festsetzungen zu Grunde legenden Vorschriften (DIN-Normen etc.) können dort eingehender zu entnehmen. Die Festsetzungen sind im Rahmen des Zumutbaren zu berücksichtigen.

#### 4. Auffälliger Bodenausbau

Sollten bei Baumaßnahmen auffällige Bereiche, wie kontaminationsverdächtige Bausubstrate, Auffüllungen oder kontaminierte Böden bzw. Wasser freigelegt werden, ist das Umwelt- und Naturschutzamt Erfurt gem. § 11 Abs. 2 ThürBO zu informieren. Die Arbeiten dürfen erst begonnen werden, wenn die Quartiere nachweislich sicher sind.  
Insbesondere bei Auffüllungen ist die Schaffung von Flademäuschuttschichten an Gebäuden und 12 Vogelkästen an Gebäuden vorzusehen.

#### 5. Artenschutz

Baustellenregelung:  
Um artenschutzrechtliche Verbotstatbestände für in betroffenen Gebieten brotende Vogelarten sowie für Fledermäuse auszuheben, sind sämtliche erforderliche Gebotshaltungen nicht im Zeitraum von 1. März bis 30. September eines Jahres durchzuführen.  
Gebäudekontrolle:  
Vor dem Abriss ist durch einen Sachverständigen sicherzustellen, dass sich im / am Gebäude keine besetzten Quartiere für Vögel / Fledermäuse befinden. Die Arbeiten dürfen erst begonnen werden, wenn die Quartiere nachweislich sicher sind.  
Insbesondere bei Auffüllungen ist die Schaffung von Flademäuschuttschichten an Gebäuden und 12 Vogelkästen an Gebäuden vorzusehen.

#### 6. Baustellenregelung

Um artenschutzrechtliche Verbotstatbestände für in betroffenen Gebieten brotende Vogelarten sowie für Fledermäuse auszuheben, sind sämtliche erforderliche Gebotshaltungen nicht im Zeitraum von 1. März bis 30. September eines Jahres durchzuführen.  
Gebäudekontrolle:  
Vor dem Abriss ist durch einen Sachverständigen sicherzustellen, dass sich im / am Gebäude keine besetzten Quartiere für Vögel / Fledermäuse befinden. Die Arbeiten dürfen erst begonnen werden, wenn die Quartiere nachweislich sicher sind.  
Insbesondere bei Auffüllungen ist die Schaffung von Flademäuschuttschichten an Gebäuden und 12 Vogelkästen an Gebäuden vorzusehen.

#### 7. Grünordnung

Baumchutzsatzung:  
Der Baumbestand ist dauerhaft zu schützen und zu erhalten. Bei Eingriffen in den Baumbestand ist die Baumschutzsatzung der Stadt Erfurt zu berücksichtigen.  
Schutz zu erhaltenden Bäume:  
Es gilt zu erhaltende Bäume während der Baustätigkeit durch Baum- und Wurzelraumschutzmaßnahmen vor mechanischen Beschädigungen zu schützen.  
Boden-Management im Zuge der Bauarbeiten:  
Vor Baubeginn ist ein detailliertes Bodenmanagement auszuarbeiten. Insbesondere die bautechnische Lagerung von Oberboden sowie der Verbleib des umgraben Bodenaushubs sind zu dokumentieren. Der Oberboden ist grundsätzlich einer fachgerechten Wiederverwertung zuzuführen. Es gelten die Vorgaben des BImSchG und der BImSchV sowie die DIN 19731 und DIN 19732.

#### 8. Erdaufschlüsse

Erdaufschlüsse (Bohrungen, Grundwasserstellen, geophysikalische Messungen) sowie größere Baugruben sind der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie (bunrarchiv@lug.de) gemäß Lagerstättengesetz 14 Tage vor Baubeginn anzuzeigen.

#### Rechtsgrundlagen

- Baugesetz (BauGB)
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO)
- Thüringer Bauordnung (ThürBO)
- Verordnung über die Ausarbeitung der Baupläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichnungsverordnung 1990 - PlanZV 90)
- Thüringer Gemeinde- und Landkreisverordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO)

In der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses jeweils gültigen Fassung.

### Verfahrensmerkmale zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan ROB694 "Nahversorgungszentrum Roter Berg"

- Der Stadt Erfurt hat am 09.03.2017 mit Beschluss Nr. 2145/16 den Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss gefasst. Der Beschluss wurde im Amtsblatt der Landeshaushaltskasse Erfurt Nr. 7 vom 21.04.2017 öffentlich bekannt gemacht.  
Die Öffentlichkeitsbeteiligung im Zeitraum vom 02.05.2017 bis 15.05.2017 gemäß § 13a Abs. 3 Nr. 2 BauGB über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planungen unterrichten und zur Planung äußern. Ort und Dauer der Unterrichtung sind im Amtsblatt der Landeshaushaltskasse Erfurt Nr. 7 vom 21.04.2017 öffentlich bekannt gemacht worden.
- Der Stadt Erfurt hat am 05.09.2018 mit Beschluss Nr. 1122/18 Beschluss über die Bildung des Vorverfahrens und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gefasst. Der Beschluss wurde im Amtsblatt der Landeshaushaltskasse Erfurt Nr. 18 vom 28.09.2018 öffentlich bekannt gemacht. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB bekannt gemacht im Amtsblatt der Landeshaushaltskasse Erfurt Nr. 18 vom 28.09.2018, ist vom 08.10.2018 bis zum 09.11.2018 durch öffentliche Auslegung des Vorverfahrens und dessen Begründung durchgeführt worden.
- Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB mit Schreiben vom 28.09.2018 zur Auslegung aufgefordert worden.
- Der Stadt Erfurt hat am 11.11.2020 mit Beschluss Nr. 1027/19 den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit Begründung gebilligt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.
- Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung, sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind gem. § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB im Amtsblatt der Landeshaushaltskasse Erfurt Nr. 23 vom 11.12.2020 öffentlich bekannt gemacht worden.
- Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans und dessen Begründung ist die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Planungen haben gem. § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB in der Zeit vom 04.01.2021 bis zum 05.02.2021 öffentlich ausgestellt.
- Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB i. V. m. § 88 Abs. 2 ThürBO und § 18, 2 ThürKO als Stützung beschlossen.
- Der Stadt Erfurt hat am 16.04.21 mit Beschluss Nr. 095/21, nach Prüfung der abgegebenen Stellungnahmen die Abwägung beschlossen und den vorhabenbezogenen Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 88 Abs. 2 ThürBO und § 18, 2 ThürKO als Stützung beschlossen.

Erfurt, den 03.04.21

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan einschließlich der Textausfertigung gemäß § 21 Abs. 3 ThürKO der Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom vorgelegt. Die Satzung wurde nicht beanstandet.

Die Überarbeitung des textlichen und zeichnerischen Inhalts des vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit dem Willen der Landeshaushaltskasse Erfurt sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans wurde bekannt gegeben.

Erfurt, den 07.04.21

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wurde gem. § 10 Abs. 3 BauGB im Amtsblatt der Landeshaushaltskasse Erfurt Nr. 2, vom 02.04.2021 öffentlich bekannt gemacht.  
Mit dieser Bekanntmachung wurde der vorhabenbezogenen Bebauungsplan

Erfurt, den 07.03.22

Rechtsverbindlich

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wurde gemäß § 10 Abs. 3 BauGB im Amtsblatt der Landeshaushaltskasse Erfurt Nr. 2, vom 02.04.2021 öffentlich bekannt gemacht.  
Mit dieser Bekanntmachung wurde der vorhabenbezogenen Bebauungsplan

Erfurt, den 07.03.22

Bescheinigung der Übereinstimmung mit dem Liegenschaftskataster

Es wird bescheinigt, dass die Flurstücke im oben Grenzen und Bezeichnungen als Grundlage für die geometrischen Festsetzungen der neuen städtebaulichen Planung mit dem Liegenschaftskataster nach dem Stande von Übereinstimmen.

Erfurt, den

Dipl.-Ing. Ulf Ziesemann, ÖvVI

Planverfasser: KGS Stadtplanungsbüro Heik GmbH  
Kupferstraße 1, 99441 Mellinger  
Anf. für Stadtentwicklung und Stadtplanung  
Lieberstraße 34, 99096 Erfurt



Erfurt  
LANDESHAUSHALTSKASSE  
THÜRINGER  
STADTVERWALTUNG